



Detailansicht des Registereintrags

VID - Verband Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands

Aktuell seit 08.06.2026 12:35:15

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000881
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	08.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	11.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Am Zirkus 3 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493020455525 E-Mail-Adressen: info@vid.de Webseiten: www.vid.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

380.001 bis 390.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Christoph Niering**
Funktion: Vorsitzender des Vorstandes
2. **Michael Bremen**
Funktion: Vorstand
3. **Dr. Robert Hänel**
Funktion: Vorstand
4. **Jutta Rüdlin**
Funktion: Vorstand
5. **Dr. Marc d'Avoine**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (13):

1. **Jens Wilhelm V**
2. **Nora Sickeler**
3. **Dr. Jens Schmidt**
4. **Henrik Brandenburg**
5. **Dr. Dennis Blank**
6. **Manuela Doss**
7. **Dr. Andreas Kästner**
8. **Judith Berg**
9. **Dr. Christoph Niering**
10. **Michael Bremen**
11. **Dr. Robert Hänel**
12. **Jutta Rüdlin**
13. **Dr. Marc d'Avoine**

Gesamtzahl der Mitglieder:

470 Mitglieder am 31.12.2024, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (1):

1. EIP - European Association of Insolvency Practitioners Organisations

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Bank- und Finanzwesen; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Wahrung, Förderung und Vertretung der Berufsinteressen der Amtsträger in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren;

Mitwirkung bei der Fortentwicklung des Berufsbildes der Amtsträger in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren sowie der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Insolvenzverwaltung und Restrukturierung; insb. der Schaffung eines Berufsrechts für Amtsträger in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren;

Mitwirkung bei der Fortentwicklung des Insolvenzrechts sowie der insolvenznahen Gebiete des Wirtschaftsrechts (Arbeits- und Sozialrecht, Steuerrecht, Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht, Bankrecht, Öffentliches Recht/Europarecht jeweils in ihren insolvenzrechtlich relevanten Bezügen);

Mitwirkung bei der Fortentwicklung der für die Unternehmenssanierung und Restrukturierung relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen;

Förderung der Digitalisierung von Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren;

Aus- und Fortbildung zur Förderung von Nachwuchsverwaltern und Qualifizierung von Mitarbeitern;

Vernetzung und Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander sowie mit Vertretern aus Justiz, Behörden, Verbänden sowie nationalen und internationalen Organisationen und Vereinigungen

Information und Öffentlichkeitsarbeit

Ausübung der Interessenvertretung:

Kontaktaufnahme mit Mitgliedern des Bundestages und/oder Vertretern der Bundesministerien

Versand von Stellungnahmen, Positionspapieren und Publikationen an Mitglieder des Bundestages und/oder Vertretern der Bundesministerien

Einladung von Mitgliedern des Bundestages und/oder Vertretern der Bundesministerien zu Fach-

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. Evaluation des Gesetzes zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens

Beschreibung:

Mit dem Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Anpassung pandemiebedingter Vorschriften im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht sowie im Miet- und Pachtrecht vom 22.12.2020 (BGBl. I S. 3328) ist das RSB-Verfahren auf 3 Jahre verkürzt worden. Die Verkürzung der Verfahrensdauer gilt für alle ab dem 1.10.2020 beantragten Verfahren. Nach Art. 107a Abs. 1 EGIInsO hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag bis zum 30.06.2024 u.a. zu berichten, ob und ggf. wie sich die Verkürzung des RSB-Verfahrens auf das Antrags-, Zahlungs- und Wirtschaftsverhalten von Verbraucherinnen und Verbrauchern ausgewirkt hat.

Der VID schildert dazu Erfahrungen aus der Praxis der Insolvenzverwalter und unterbreitet konkrete (Änderungs-)Vorschläge.

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Recht" [[alle RV hierzu](#)]; Zivilrecht [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2405140023](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

2. Berufsrecht für Amtsträger in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren

Beschreibung:

Der VID setzt sich für die Schaffung eines Berufsrechts für Amtsträger in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren ein und unterbreitet konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung.

Betroffenes geltendes Recht:

[InsO](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Recht" [[alle RV hierzu](#)]; Zivilrecht [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2405150004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2406200036 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2502100009 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. SG2502100011 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

5. SG2602180015 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Beibehaltung der Vorteile des dt. Insolvenzrechts i.R.d. europ. Regulierungen zur Kapitalmarktunion

Beschreibung:

Verbändeinitiative:

Beibehaltung/Übertragung der Vorteile des deutschen Insolvenzrechts bei

Harmonisierungsvorhaben, insbesondere: Schutz der Kreditsicherheiten auch in der Insolvenz; Ausrichtung an Grundprinzipien; ausreichende Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen.

Betroffenes geltendes Recht:

InsO [alle RV hierzu]; StaRUG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407180021 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Vergütung für Amtsträger in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren

Beschreibung:

Der VID regt eine Anpassung der InsVV an, weil die Kosten seit der letzten Reform durch das SanInsFoG erheblich gestiegen sind. Während in anderen Bereichen bereits ein Inflationsausgleich erfolgt, besteht auch für InsolvenzverwalterInnen Handlungsbedarf, insbesondere in Klein- und Kleinstverfahren. Zudem fehlt bislang eine präzise Definition des „Normalfalls“ in der Vergütungsfestsetzung. Eine empirisch fundierte Neuregelung auf Basis statistischer Auswertungen soll für mehr Transparenz und eine realitätsnahe Bemessung sorgen.

Betroffenes geltendes Recht:

InsVV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2502100007 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2502100012](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2510010013](#) (PDF - 32 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[\[alle SG dorthin\]](#)

5. [EU-Harmonisierung des Insolvenzrechts](#)

Beschreibung:

Der VID setzt sich kritisch und konstruktiv mit den Bestrebungen zur Harmonisierung des europäischen Insolvenzrechts auseinander. Wichtige Reformschritte sollten mit Bedacht erfolgen und die komplexen wirtschaftsrechtlichen Verflechtungen berücksichtigen. Ihr Ziel sollte es sein, praxisnahe Lösungen zu finden, die nationale Besonderheiten respektieren und zugleich sinnvolle europäische Standards schaffen. Eine umsichtige Verhandlungsführung und Umsetzung auf nationaler Ebene wird dabei als essenziell für eine ausgewogene Weiterentwicklung des Insolvenzrechts angesehen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2502100008](#) (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. [Vereinfachung von Verbraucherinsolvenzverfahren](#)

Beschreibung:

Trotz eines Anstiegs der Fallzahlen nach der letzten Reform ist das Verbraucherinsolvenzverfahren durch hohe formale Hürden und rechtliche Schwierigkeiten weiterhin belastet. Das Antragsformular für das Verfahren umfasst derzeit 45 Seiten mit Erläuterungen, was die Zugänglichkeit und Durchführung des Verfahrens erschwert. Der VID

setzt sich für eine Vereinfachung von Verbraucherinsolvenzverfahren ein, um möglichst vielen Betroffenen den Weg zur Restschuldbefreiung zu ermöglichen.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 561/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Ablösung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung und zur Änderung der Beratungshilfeformularverordnung und der Verbraucherinsolvenzformularverordnung sowie zur Aufhebung der Gerichtsvollzieherformular-Verordnung

Betroffenes geltendes Recht:

VbrInsVV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu];

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2502100013 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. SG2507230004 (PDF - 17 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

3. SG2507230005 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

7. **Aufgabenbereich des/r InsolvenzverwalterIn**

Beschreibung:

Der Aufgabenbereich der InsolvenzverwalterInnen ist ein zentrales Element des Insolvenzverfahrens und maßgeblich für dessen Erfolg sowie für das Vertrauen in das Insolvenzrecht insgesamt. Jegliche gesetzgeberische Eingrenzung oder Erweiterung dieses

Aufgabenbereichs kann das Berufsbild der InsolvenzverwalterInnen grundlegend verändern – mit erheblichen wirtschaftlichen, rechtlichen und praktischen Konsequenzen für die betroffenen BerufsträgerInnen sowie für die Verfahrensbeteiligten.

Der VID setzt sich daher als Interessenvertretung von InsolvenzverwalterInnen für eine sachgerechte, praxistaugliche und rechtssichere Ausgestaltung des Aufgabenbereichs ein.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2504090006](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2510010012](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. Steuerliche Rahmenbedingungen für Sanierungsmaßnahmen in Unternehmenskrisen

Beschreibung:

Das Vorhaben betrifft die Auslegung und Anwendung steuerlicher Vorschriften bei Restrukturierungen und Sanierungen in Unternehmenskrisen. Der VID setzt sich dafür ein, praktikable Nachweis- und Anwendungskriterien sowie eine sachgerechte Berücksichtigung kleinerer Unternehmen zu gewährleisten, um Sanierungshindernisse zu vermeiden und Investitionsentscheidungen zu fördern.

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2505090006](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2025 an:

Bundesregierung

2. [SG2505090007](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. **Sicherung der Vorfinanzierung von Insolvenzgeld zur Arbeitsplatz- und Unternehmensstabilisierung**

Beschreibung:

Der VID setzt sich für den Erhalt der Insolvenzgeldvorfinanzierung ein. Dieses Instrument gewährleistet den sozialen Schutz der Arbeitnehmer im Insolvenzfall und stabilisiert zugleich betroffene Unternehmen, um Sanierungschancen zu sichern. Eine Abschaffung würde die Verunsicherung von Arbeitnehmern verstärken, Unternehmensfortführungen erschweren und damit auch volkswirtschaftliche Schäden nach sich ziehen. Der Verband verfolgt daher das Ziel, die Insolvenzgeldvorfinanzierung dauerhaft abzusichern und rechtlich gegen Abschaffungsinitiativen zu verteidigen.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [SG2510020010](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2510020012](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2510020013](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

4. SG2510020014 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

10. Prüfung der Insolvenzureife bei staatlichen Förderungen (Krankenhausfinanzierung)

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben „Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG)“ sieht vor, die Pflicht zur Prüfung des Insolvenzrisikos bei der Vergabe von Fördermitteln an Krankenhäuser zu streichen. Der VID setzt sich dafür ein, dass diese Prüfpflicht beibehalten wird, um rechtliche und wirtschaftliche Risiken für die Einrichtungen und deren Leitung zu vermeiden und die zielgerichtete Verwendung öffentlicher Mittel sicherzustellen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2512 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform -
(Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform (Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

KHG [alle RV hierzu]; KHTFV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2510080007 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. SG2510080008 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Rahmenkonzept für eine Gesellschaft mit gebundenem Vermögen

Beschreibung:

Der VID begrüßt das vom BMJV und BMF vorgelegte Rahmenkonzept zur Einführung einer Gesellschaft mit gebundenem Vermögen. Die neue Rechtsform kann einen wichtigen Beitrag für langfristig orientierte und nachhaltige Unternehmensführung leisten. Für eine praxistaugliche Ausgestaltung braucht es jedoch insbesondere im Insolvenzrecht noch klare und differenzierte Regelungen.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606080017 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

310.001 bis 320.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Haushalt-2024.pdf](#)